

Der Grenzboten.

Tageblatt und Anzeiger

für
Adorf und das obere Vogtland

Der Grenzboten erscheint täglich mit Ausnahme des Sonn- und Feiertagen folgenden Tages und kostet vierteljährlich, vorausbezahlsbar, 1 Mk. 20 Pfg. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von den Austrägern des Blattes, sowie von allen Kaiserl. Postanstalten und Postboten angenommen.

Inserate von hier und aus dem Verbreitungsbezirk werden mit 10 Pfg., von auswärts mit 15 Pfg. die 4mal gepaltene Grundzeile oder deren Raum berechnet und bis Mittags 12 Uhr für den nächstfolgenden Tag erbeten.

Reclamen die Zeile 20 Pfg.

Verantwortlicher Redacteur, Drucker und Verleger: Otto Meyer in Adorf.

No. 17.

Dienstag, den 23. Januar 1900.

65. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

131. Plenarsitzung vom 20. Jan. 1 Uhr Nachm.

Am Bundesrathstisch: Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, Graf v. Posadowsky, Graf v. Bülow, Nieberding und zahlreiche Kommissare. Bei wesentlich schwächer besuchtem Hause setzte der Reichstag heute die zweite Lesung des Reichshaushalts beim Kapitel Etat des Reichskanzlers fort. Erster Redner war der Abg. Dr. Hahn (Bund der Landwirthe), der einleitend dem Reichskanzler Schwankung der Regierungspolitik vorwarf, wie dies aus der Art und Weise hervorgehe, wie das Verbindungsverbot aufgehoben wurde. Er bedauerte nicht die Aufhebung des Verbindungsverbots, wohl aber den modus procedendi, der nicht geeignet sei, die Autorität der Regierung zu stärken. Uebergehend zur gestrigen Reichspostdampferinterpellation bedauerte er bei aller Anerkennung eines diplomatischen Erfolges des Grafen Bülow, daß der Reichstag die Besprechung abgelehnt und damit die Gelegenheit verpaßt hat, die Stimmung des Volkes gegen England zum Ausdruck zu bringen. So sehr er auch die Vorlage des Grafen Bülow auf dem Gebiete der auswärtigen Politik anerkenne, so müsse er doch bedauern, daß fortgesetzt die wirtschaftspolitischen Interessen des Inlandes hinter denen der auswärtigen Politik zurücktreten. Dadurch werde die Landwirtschaft aufs tiefste geschädigt. Redner widerlegte sodann im einzelnen die gegen den Bund der Landwirthe erhobenen Vorwürfe, als ob er darauf ausgehe, das Land gegen die Regierung aufzureizen. Das Gegentheil sei der Fall. Die Führer des Bundes seien maßvolle Männer, die sich bemühen, die Gewerbebewegung in Grenzen zu halten, die Regierung dürfe es aber diesen maßvollen Männern nicht zu schwer machen. Zum Schluß sprach Redner die Hoffnung aus, daß es dem Grafen Posadowsky mit seiner national-wirtschaftlichen Gesinnung gelingen möge, die entgegengesetzten Strömungen, namentlich die des Herrn v. Thieltmann, siegreich zu überwinden. Nach einer kurzen Entgegnung des Reichskanzlers, der sich nochmals dagegen wendet, als wolle er unter Uebergehung der Landwirtschaft Deutschland zum Industriestaat machen, erhält zuerst das Wort Abg. Bebel, der einem neuen Sozialistengesetz gegenüber mit der Mobilmachung der gesammten Millionen zählenden Sozialdemokratie droht. Der Ausspruch, daß die Sozialdemokratie eine vorübergehende Erscheinung sei, läßt er gelten, aber nur in dem Sinne, daß die Sozialdemokratie aufhören werde, wenn sie ihr Endziel erreicht. Die weiteren Erörterungen hierüber schneidet der Präsident mit der Bemerkung ab, daß die kaiserliche Rede auf die Bebel anspiele, nicht im „Reichsanzeiger“ gestanden habe. Abg. v. Kröcher (kons.) kommt nochmals auf seine neuliche Rede zurück und bleibt dabei, daß die Aufhebung des Verbindungsverbots in Anbetracht aller Begleitumstände ein schwerer Fehler der Regierung gewesen sei. — Denselben Standpunkt vertritt Fürst Bismard (b. l. F.) der im übrigen dem Staatssekretär Grafen von Bülow sein Vertrauen ausspricht, weil dieser erklärt hat, am Dreibund und an der Freundschaft mit Rußland festhalten zu wollen. Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Dr. Lieber (l.) und Dr. Arendt (Rp.) und Stöder (b. l. F.) kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Steinhauer einerseits und dem Abg. Wangenheim (B. d. L.) und Schrempf (kons.) andererseits. Der erstere hatte den Bund der Landwirthe angegriffen, daß er nur dem Großgrundbesitz helfen wolle und daß die Klagen der Landwirthe unbegründet seien. — Ihm erwiderte Frhr. v. Wangenheim, daß Groß- und Kleinbesitz im besten Frieden mit einander leben soweit nicht gewisse Hezer, die Unfrieden stiften

wollen, Erfolg haben. Thatsache sei, daß der Landwirth heute nicht auf die Kosten komme. Abg. Schrempf (kons.) wies an einzelnen Beispielen nach, wie sehr die Landwirtschaft auch in Süddeutschland darniederliegt. Der Abg. Klose (l.) trat gleichfalls dem Abg. Steinhauer entgegen. Damit schloß die Debatte. Die einzelnen Theile des Etats des Reichskanzlers wurden bewilligt. Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. 1. Lesung des Unfallversicherungsgesetzes. Schluß 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Politische Rundschau.

Berlin, 21. Jan. Gestern ist hier das Gerücht verbreitet worden, General Buller habe sich mit 25 000 Mann dem General Zoubert ergeben müssen. Mit naiver Vorsicht fügt der talentvolle Erfinder jedoch hinzu: „In London will man noch keine dies bestätigende Meldung erhalten haben.“

Berlin, 20. Jan. Wie die „Volksztg.“ schreibt, wurde gestern in parlamentarischen Kreisen erzählt, daß die Schadenersatzansprüche in Betreff des ausgebrachten Reichspostdampfers „Bundesrath“ sich auf 430 000 Mark belaufen.

Der „Köln. Ztg.“ zufolge beabsichtigten zum diesjährigen Geburtstag des Kaisers wiederum die Könige von Württemberg und Sachsen, sowie zahlreiche Fürstlichkeiten zur Beglückwünschung nach Berlin zu kommen. Von der Ausführung dieser Absicht ist jedoch nunmehr angeichts der schweren Erkrankung der Mutter der Kaiserin Abstand genommen worden.

Der Verlauf der Reichstagsverhandlungen über die Beschlagnahme deutscher Schiffe hat in England einen starken Eindruck gemacht. Insbesondere hat der Schluß der Bülow'schen Rede, wo den Engländern Mangel an Rücksicht und Freundlichkeit gegenüber Deutschland vorgeworfen wurde, an der Themse eine Stimmung erzeugt, die in den Blättern einen zumeist erregten Ausdruck findet. Die Times schreibt: Bülow's Antwort kann in England nur Ueberraschung und Bedauern erregen. Man hätte auf die so weitgehenden englischen Versicherungen eine weniger geizige Anerkennung erwarten können, wenn „Anerkennung“ überhaupt das richtige Wort sei für den fast drohenden Schluß der Bülow'schen Rede. Doch sei England bereit zu glauben, Bülow habe für heimische Zwecke einen schrilleren Ton anschlagen zu müssen geglaubt, als es bei verantwortlichen Staatsmännern üblich wäre, wenn sie internationale Fragen behandeln. Doch sei es nicht weise, internationale Fragen für eine große Flottenvorlage auszubenten. Der Standard schreibt noch anmaßender: Selbst Bülow könne nicht immer die Galerie ignorieren. Doch möge man verstehen, daß England sein Recht der Detention und Durchsuchung von Schiffen nicht aufzugeben gedenke. Die englischen Flottenoffiziere würden fortfahren, verdächtige Schiffe jeder Nationalität zu durchsuchen mit derjenigen Vorsicht, welche Bülow unnötigerweise als fehlend bezeichnet habe. Hierzu drucken die Zeitungen triumphirend unter der Ueberschrift: Wieder ein deutsches Schiff beschlagnahmt! folgende Meldung des Reuterschen Bureaus aus Lorenzo Marquez ab: Das deutsche Segelschiff „Marie“, aus Australien mit Mehl für die Transvaalregierung unterwegs, wurde vom britischen Kriegsschiff „Belorus“ unweit der Invalinsel an der Mündung der Delagoabucht festgenommen und ist mit Zwangsbesatzung an Bord nach Durban geschickt worden. Wie diese neueste englische Heldenthat eines englischen Commandeurs mit den von Lord Salisbury ertheilten Zusicherungen zu vereinbaren ist, wird erst beurtheilt werden können, wenn nähere Mittheilungen über die Beschlagnahme der „Marie“ vorliegen. Da die englische Regierung den Vereinigten Staaten gegenüber bereits zugegeben

hat, daß Mehl nicht als Kriegskontrebande zu behandeln ist, können wir gespannt darauf sein, ob dies Zugeständniß von deutscher Seite erst noch gesondert erstritten werden muß, oder ob nicht ohne weiteres für deutsches Mehl das gleiche Recht gelten soll wie für amerikanisches. Im übrigen wird man in England beherzigen müssen, daß jede Behinderung der Zufuhr von Nahrungsmitteln nach Transvaal in erster Linie nicht die Buren, sondern die in Pretoria sitzenden englischen Gefangenen schädigen muß. Bei der Beschlagnahme der „Marie“ handelt es sich also um mehr als eine bloße, von den Engländern auf die leichte Schulter zu nehmende „Geldfrage.“

Hamburg, 20. Jan. Der Vorsitzende des Aufsichtsraths der Deutschen Ostafrikalinie Ad. Woermann richtete an den Staatssekretär Grafen Bülow folgendes Danktelegramm: „Ew. Excellenz gestatte ich mir im Namen deutschen Ostafrikalinie den aufrichtigen Dank für die energische und erfolgreiche Vertretung ihrer Interessen zu sagen. Unter solchem Schutze wird sich die Deutsche Ostafrikalinie, sowie die gesammte deutsche Rhederei allen Concurrenten zum Trotz kräftig weiter entwickeln können!“

Berlin, 20. Jan. Der „Voss. Ztg.“ wird aus Paris gemeldet: Mahmud Pascha setzte einem „Matin“-Mitarbeiter auseinander, es sei Verleumdung, daß seine Flucht eine Art Gelderpressung am Sultan sei; er wolle Besserungen in der Verwaltung der Türkei. Er stehe in Briefverkehr mit dem Sultan, und wenn dieser die verlangten freijährigen Neuerungen nicht binnen wenigen Tagen bewillige, werde er sich in einem Aufruf mittels der Presse, die der Sultan am meisten fürchte, an die öffentliche Meinung Europas wenden.

Wien, 20. Jan. Dem deutschen Turnverein in Laibach und Iglau war seitens der politischen Behörde der Gebrauch der Farben schwarz-roth-gold verboten. Dagegen wurde Beschwerde bei dem Reichsgericht erhoben. Dieses entschied heute, daß durch das Verbot das staatsgrundgesetzlich gewährleistete Recht der Bethätigung der Nationalität verletzt worden sei. Den Farben Schwarz-roth-gold komme kein politischer, sondern nur ein nationaler Charakter zu.

Wien, 20. Jan. Das Eisenwerk Wittkowitz war gezwungen, den Hochofen in Sophienhütte, der seit sieben Jahren in Betrieb steht, auszulöschen. Die Gefahr gänzlicher Auserbetriebsetzung des Eisenwerkes ist vorhanden, wenn der Streik längere Zeit dauert. Das für gestern Nachmittag in Klado einberufene Einigungsamt mußte sich beschlußunfähig erklären, weil seitens der Unternehmer nur ein Mitglied erschien. Die Arbeitererschaft rüstet sich zu hartem Kampfe. Der Bergleuteverband Klado wendete sich gestern schriftlich an die englische sozialdemokratische Organisation „Union“ um ein Darlehen von zwei Millionen Kronen. In Turn hielten Vertrauensmänner Keviere Komotau, Brüx, Teplitz eine Versammlung ab. Es wurde einstimmig der Streik für das ganze westböhmisches Kohlenrevier proklamirt.

Das Triester italienische Blatt „Avanti“ meldet, nächster Tage gehe ein österreichischer Lloydampfer mit einer Ladung von Pferden, die in Oesterreich-Ungarn und Rußland zusammengekauft und für die englische Kavallerie in Südafrika bestimmt sei, ab. Das Blatt fordert die österreichische Regierung auf diese Verletzung der Neutralität nicht zuzulassen.

Der bisherige nordamerikanische Konsul Macrum aus Pretoria ist an Bord des Ostafrikadampfers „König“ in Neapel eingetroffen. Er sagte dem Korrespondenten der „Central News“, daß Präsident Krüger ihn mit einer besonderen Mission an den Präsidenten Mac Kinley betraut